

Wahnschrei

Organ der Marxisten-Internationalisten Oesterreichs

Zu beziehen durch
Josef Güttel, Wien, XXI., Stryeckgasse 4
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13.

WIEN
Nr. 13 September 1933 5. Jahrg.

Erscheint 14-tägig. -- Preis bei Arbeitslosenvermittlung und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S --.90.

Wohin steuert Deutschland?

Nahezu ein halbes Jahr ist seit jenem 28. Februar vergangen, dem Morgen nach dem Brand des Reichstagsgebäudes, jenem Tag, der den Staatsstreich des Faschismus einleitete. In diesem halben Jahr hat der Faschismus seine politische Diktatur nahezu vollendet, seine politische Alleinherrschaft verwirklicht, sämtliche Parteien außer seiner eigenen zerschlagen. Das gesamte politische, das gesamte geistige Leben des Landes wird von ihm beherrscht. Von der Staatsmacht bis zur Schule, von der Kirche bis zum Sportplatz, vom Universitätslehrstuhl bis zum Modeschneider herrscht die barbarische, mittelalterliche Idee des Faschismus, seine Rassenlehre, der preußische Prügelstock, seine blutige Sklavhalterfratze.

Der geistige, kulturelle Ueberbau, der sich über der Wirtschaft Deutschlands erhebt, ist durch und durch faschisiert worden. Geseitert aber ist der Versuch des Faschismus, in die Fundamente der Gesellschaft, in den Wirtschaftsaufbau, einzudringen. Gewiß, es waren nicht die Hitler, Göring, Göbbels & Co., die auch nur einen Augenblick ernsthaft daran dachten, die kapitalistische Wirtschaft in eine nationale, staatskapitalistische umzubauen. Aber es gab starke, romantisch-reaktionäre Strömungen im Faschismus, die in diese Richtung drängten. So entstand in dem Maße, als die politische Machtergreifung abgeschlossen war, die Idee der zweiten Revolution in den faschistischen Massen, die Hoffnung, daß der politischen Umwälzung die soziale Neugestaltung der Gesellschaft folgen werde. Wir haben von ersten Augenblick an auf diese Strömungen, auf ihren unvermeidlichen Zusammenbruch hingewiesen. Wir haben in den Maltagen erschreckte Revolutionäre beruhigt, die befürchteten, Hitler werde durch die Schaffung eines Staatskapitalismus uns die sozialistische Idee enteignen, im Bewußtsein der Massen zum Vollstrecker eines nationalen Sozialismus werden. Es war klar, daß die deutsche Bourgeoisie Herrn Hitler die politische Macht nicht überließ, damit er ihre sozialen und ökonomischen Positionen breche, sondern im Gegenteil, damit er sie gegen die proletarische Revolution verteidige. Und nicht weniger klar war es, daß der Faschismus gegen den Gesamtwillen des Kapitalismus, selbst wenn er es gewollt hätte, nichts vermag. Gegen Kapitalflucht, Steuersabotage, Wirtschaftstilllegung der Kapitalisten — die gebrüchlichsten Formen, in denen sie ihre Unzufriedenheit demonstrieren — hilft nur eines: der eiserne Griff der proletarischen Herrschaft, der Millionenkrampf des organisierten Proletariats, das seine Räte an die Stelle der Bürokratie, seine Vertrauensmänner an Stelle der Direktoren setzt. Indem die faschistische Konterrevolution gerade diese Kraft, die einzig und allein fähig ist zum Kampf gegen den Kapitalismus — das politische und gewerkschaftliche organisierte Proletariat blutig niederschlug, seine Klassenkampforgeane vernichtete, zeigte sie auch dem Blindesten, daß sie nichts anderes sein kann und will als Landsknecht des deutschen Kapitalismus.

Wir brauchen an dieser Stelle nicht ausführlich die einzelnen Aktionen, Reden und Maßnahmen wiederzugeben, in denen der Faschismus die Schlacht gegen die zweite Revolution, d. h. gegen eine neue soziale Neuordnung schlug. Es genügt, auf das Resultat hinzuweisen. Beseitigt ist der Traum der faschistischen Arbeiter, durch ihre Betriebskommissare in die Betriebsführung einzugreifen. Beseitigt ist die Hoffnung der Kleinbürger auf den ständigen Umbau der Wirtschaft, die Schließung der Warenhäuser, die »Brechung der Zinsknechtschaft«. Erschüttert ist das Vertrauen der Bauernmassen, die zwar verbesserte Preise infolge der Zollpolitik des Faschismus erzielen, die aber weder von Hypotheken noch von der ständigen Furcht der Zwangsversteigerung befreit wurden.

Im März jagten uns die faschistischen Kleinbürger und hetzten uns die Folterknechte der SA auf die Fersen, im März schlugen sie jeden Zweifel an den Heiligenschein des III. Reiches blutig an der Seite der SA nieder. Aber im Juli und August werden neue Züge im wutverzerrten Gesicht des faschistischen Kleinbürgers sichtbar. Die blinde Hoffnung hat Unruhe und Zweifel Platz gemacht. Der Glaube an die Allmacht und das soziale Wollen der faschistischen Diktatur ist erschüttert. In den mittleren und kleineren Betrieben

grollt es — grollt es stärker als in den Großbetrieben, denn auf diese konzentriert der Faschismus am stärksten seine Kräfte und gewerkschaftliche und Klassenkampftraditionen haben sich in den Berliner Großbetrieben bekanntlich viel weniger stark entwickelt, einen relativ viel geringeren Teil der Belegschaft umfaßt, als in den Mittelbetrieben. Diese Entwicklung, insbesondere der kleinbürgerlichen Massen, verstärkt von neuem die Illusion der Stalinschen Anhänger: daß der Zusammenbruch der faschistischen Diktatur unmittelbar bevorsteht. Sie sehen nur die eine Seite der Dinge: die wachsende Unzufriedenheit. Aber sie sehen nicht die Kehrseite: daß sich die unzufriedenen Kleinbürger noch tausendmal

mehr vor dem faschistischen Terror fürchten als die Proletarier. Der Kleinbürger lebt und arbeitet, als Krämer, Schweißmeister, Beamter, anders als der Arbeiter, der durch den Produktionsprozeß mit seiner Klasse enger verbunden ist, mit ihr lebt, kämpft und fühlt. Der Kleinbürger lebt sein isolierter, soziales, individuelles Leben in Büro, Werkatt, Kramladen. Sein Blick ist nicht auf die Klasse, sondern auf die Familie gerichtet. Er wurde zur politischen Aktivität von den Sturmtruppen des Faschismus aufgerüttelt, in denen er nicht die Landsknechte des Kapitals, sondern die Freiheitskämpfer des 3. Reiches, der nationalen Erhebung und sozialen Neugestaltung erblickte.

Bergarbeiterstreik in Steiermark

Am 8. September ist im Veitsberg-Köflacher Revier, in der Grube Obstdorf, im Karl- und im Ferdinandsschacht, der Streik von 1400 Bergarbeitern ausgebrochen. Die Bewegung hat auch auf das obersteirische Revier, Seegraben und Fohnsdorf übergreifen und alle Bergarbeiter, Freigewerkschaftler, Nazi und Heimwehler stehen fast geschlossen gegen ihre Fronvögte im Kampf. Die Bergarbeiter sind zum größten Teil nicht ausgefahren und verharren in den Gruben bei Tag und Nacht. Frauen und Kinder besorgen vorderhand die Verpflegung. Die Grubenbarone zeigen auch ihren Sekretären, den Machern der Heimwehrgewerkschaften, die kalte Schulter. Gendarmerie hält die Ordnung aufrecht. Versuche von Alpinesöldnern, die Kumpels zum Abbruch des Kampfes zu bewegen, sind auf entschiedenen Widerstand gestoßen und mußten aufgegeben werden.

Die Ursachen des Kampfes, der die Kumpels aller politischen Richtungen zu diesem Solidaritätskampf

zusammenschweißt, sind in zwei der letzten Notverordnungen begründet, die die monatliche Lohnauszahlung und eine scharfe Verschlechterung der Bergarbeiterversicherung verordnen, sowie der furchtbaren niedrigen Löhne und der Erhöhung der Mieten und der Kürzungen des Kohlendepots durch die Alpine. Die reaktionär-romantischen Vorstellungen von der Volksgemeinschaft, in der »Herr und Knecht« bei der »gemeinsamen Arbeit«, »zusammen essend und zusammen betend...« leben, erhält in diesem Klassenkampf, der wahrhaft nicht von Marxisten angezettelt wurde, einen herben Stoß. Der Klassenkampf ist eben älter als der Marxismus und er wird ebensowenig von den Antimarxisten »abgeschafft« werden können, wie er von den Marxisten nicht erfunden wurde.

Für österreichischen Arbeiter fühlen und denken mit den Kumpels.

Enttäuscht durch die faschistische Wirklichkeit, sucht er wieder in seine Passivität zurück und zittert davor, daß die blutige Diktatur ihn für seinen mangelnden Glauben zur Verantwortung ziehen wird. Erst wenn die Arbeiterklasse sich wieder gesammelt hat, erst wenn sie drohend und gewaltig an die Tore der faschistischen Zwingburgen pocht, erst dann wird der enttäuschte Kleinbürger wieder aufgerüttelt werden an der Seite des Proletariats.

Fassen wir zusammen: Die Massenbasis der faschistischen Diktatur wird schwächer. Die Zeiten des rauschenden Plebiszits der 17 Millionen vom 6. März sind vorbei. Und eben deswegen wird der Machtapparat der Diktatur noch mehr verstärkt, wird der Terror furchtbarer. Die Illusionen vom baldigen Zusammenbruch werden bald verfliegen. Mit furchtbaren Opfern bezahlt das deutsche Proletariat die Erkenntnis, daß der Sturz des Faschismus ein langer, belapiesiger harter und furchtbarer Kampf sein wird. Der Sieg ist unser, aber wir werden ihn erst über viele Niederlagen und mit namenlosen Opfern erkämpfen. Je schneller die Revolutionäre alle Illusionen von sich werfen, sich der neuen Lage anpassen und ihr entsprechend ihre Methoden verändern, umso schneller wird der Sieg errungen werden.

Was uns von den Stalinisten in Deutschland jetzt besonders scharf unterscheidet, das ist unsere Einschätzung der gegenwärtigen Lage. Wenn wir den Stalinisten glauben, dann ist die Lage sehr einfach und sehr günstig: der revolutionäre Aufschwung wächst weiter, der Kleinbürger wird revolutionär, die Inflation naht und treibt die Massen mit Sturmgewalt gegen die faschistische Diktatur, der deutsche Oktober reißt heran. Entsprechend dieser Einschätzung ihre Lösungen: Streik, demonstriert. Entsprechend den Lösungen die Methoden, die noch an die Zeit der Legalität erinnern: Wahllose Flugblattverteilungen in Häuser, agitatorische Schlagworte. Entsprechend der Politik das Leben, das sie in der Partei

verwirklichen wollen: Keine Diskussion, Aktivität, Handeln, Disziplin, vorwärts, marsch, der Oktober naht.

Wir dagegen sehen die Niederlage in ihrer ganzen Tiefe. Wir haben sie warnend vorausgesagt, wir haben gezeigt, wie der Sieg erkämpft werden kann. Wir waren zu schwach, um die reaktionäre, kleinbürgerliche, revolutionäre Politik der Stalinisten, zu durchkreuzen.

Jetzt kommt es auf zwei Dinge an: erstens zu erkennen, was zu der furchtbaren Niederlage im Jahre 1933 geführt hat und zweitens, gestützt auf diese politischen Erkenntnisse, die Politik der revolutionären Partei der neuen Lage anzupassen.

Die erste Frage wurde von uns in unserer Presse bereits hinreichend beantwortet; entscheidend ist jetzt die zweite Frage.

Die alte Arbeiterbewegung mit ihrem blinden Glauben, sei es an den Reformismus, sei es an die rauschenden Phrasen des Stalinismus, wird ebensowenig in der alten Form wieder auferstehen, wie ihre Organisationen: die großen eisernen Kolosse auf tönernen Füßen, die beim ersten Sturm klüglich zusammenkrachten.

Die ersten Keime des Neuaufbaues der Arbeiterbewegung sind sichtbar. Und die ersten schüchternen Keimlinge lassen bereits das Neue erkennen, das sich zu regen beginnt. In den Vordergrund tritt die Jugend des Proletariats. Sie tritt nicht nur in den Vordergrund, sondern sie schlägt gleichzeitig eine neue Entwicklung ein. Vor dem Zusammenbruch war sie gehorsam, pflichteifrig, trug Flugblätter aus und fühlte sich als Soldat in der Armee der großen Führer. Was ihr an Wissen fehlte, ersetzte sie durch Glauben und Hoffen. Bis das entsetzliche Erwachen der Märztage kam, bis sie die revolutionäre Partei in hilfloser Ohnmacht zusammenbrechen sah. Bei diesem Erwachen sind viele ihrer Klasse verloren gegangen — zum Faschismus hinübergewandert. Aber die geblieben sind, sind anders geworden. In ihren illegalen Organisationen

sind sie auf sich selbst gestellt, auf ihren Mut, ihre eigene Kraft, Initiative und Klarheit. Ihr Vertrauen zu der Führung ist tief erschüttert. Aus Soldaten werden junge, suchende und denkende Revolutionäre, aus durchführenden Organen, selbständig denkende, sich ihrer Verantwortung bewußte junge Proletarier. Sie wischen oft die fachen, schreienden Flugblätter zurück, die ihnen die Stalinisten in die Hand drücken. Sie lesen sie aufmerksam und sie irgen sie zu danks aus, wenn sie von ihrem Inhalt überzeugt sind. Wer den Tod vor Augen hat, will wissen wofür er stirbt.

Wir wissen, daß dieser Prozeß erst als Tendenz sichtbar ist. Aber wir sehen ihn, wir verbinden uns fest mit dieser Jugend und ebnen ihr den Weg.

Wie die zersprengte Arbeiterbewegung neu sammeln? Wie neue Organe des Klassenkampfes unter der faschistischen Diktatur bilden? Wie die allgemeine und wachsende Unzufriedenheit der Massen in bewußte revolutionäre Aktivität umwandeln? Das sind die Probleme, die vor uns stehen.

Die Arbeiterbewegung neu aufbauen, sagen uns die Trotzkisten und die SAP, das bedeutet eine neue Partei aufrichten. Das ist falsch, das würde uns noch tausendmal tiefer in den Sumpf der Zersplitterung und Zersetzung treiben. Das würde bedeuten, die jungen, ringenden Kader in der revolüt. Partei zurück in die Arme der bankrotten stalinistischen Fraktion treiben. Wir wollen nicht in einen Winkel, absichts von diesen kämpfenden Kadern, fein säublich eine neue Partei mit der SAP aufbauen, sondern wir wollen mit den kämpfenden revolutionären Arbeitern die geschlagene Partei von Grund auf neu aufbauen, gegen die Politik und das innere Regime, die zu ihrem Zusammenbruch geführt haben.

In der gegenwärtigen Etappe müssen wir es verstehen, an alle Unzufriedenheiten anzuknüpfen. Aber wie? Ist es richtig, den Einsatz auf den »revolutionären« SA-Mann, auf den unzufriedenen Kleinbürger zu nehmen? Ist es richtig, alles, was gegen den Faschismus ist, zu einem formlosen Block zu sammeln, wie es die SPD anstrebt?

Gewiß müssen wir die inneren Differenzen im Faschismus ausnützen. Aber dies geschieht nicht durch Beschwörungen an die Adresse des »revolutionären SA-Mannes, sondern durch die Entfaltung, Sammlung der proletarischen Klassenkräfte. Der unzufriedene SA-Mann ist und bleibt ein schwankendes, ungefestigtes Element. Herübergezogen kann er nicht durch Reden und Schriften, sondern nur durch die Kraft der Arbeiterklasse werden. Nicht auf den SA- und NSBO-Mann müssen wir in erster Linie visieren, sondern auf den SPD-Reichsbanner- und ADGB-Mann. Mit den ehemaligen reformistischen Arbeitern zusammen sind wir eine Kraft, die stark genug ist, die schwankenden faschistischen Arbeiter in SA und NSBO zu neutralisieren, zum Teil zu gewinnen.

Können wir aber die klassenbewußten, noch nicht revolutionären Arbeiter fest an uns binden, wenn wir uns darauf beschränken, wirtschaftliche Forderungen zu vertreten, politisch aber unmittelbar die Ergänzung aufzustellen?

Wir müssen erkennen, daß unter der faschistischen Diktatur die Sehnsucht der Massen nach den demokratischen Rechten, die sie besaßen, umso stärker anwachsen wird, je länger die faschistische Diktatur dauert. Je stärker die Massenbasis des Plebiszits vom 5. März zusammenbricht, je mehr die Massen wissen, daß der Faschismus nur mehr einen Bruchteil der Volksmassen hinter sich hat, umso stärker wird in ihnen die Ideen von neuen Wahlen, von geheimen Wahlen wachsen. Das braucht nicht heute sein, und auch nicht morgen — aber diese Etappe wird kommen. Sollen wir dann die Massen sagen: Neue Wahlen, neuer Parlamentarismus, neues Weimar, neuer Hitler? Sollen wir gegen die revolutionär-demokratische Welle ankämpfen, wenn sie entsteht? Wir wären Narren, wenn wir dies täten. Im Gegenteil: wir werden den Massen wohl die Grenzen zeigen, die den demokratischen Rechten im kapitalistischen System gesetzt sind, wir werden aber mit aller Kraft diese Bewegung gegen den Faschismus weiterreiben und den Massen beweisen, daß die revolutionären Marxisten die einzigen konsequenten und treuen Vertreter ihrer Forderungen sind.

Je mehr wir zur vorherrschenden, revolutionären Kraft im antifaschistischen Kampf werden, desto stärker werden sich die geschlagenen bürgerlichen Parteien, von der SPD bis zum Zentrum — und vielleicht noch weiter rechts — bennnen, unseren proletarischen, sozialistischen, auf die Herrschaft des Proletariats gerichteten Kampf abzuweichen. Das erscheint uns heute nahezu unmöglich: wir vergessen, daß bei einer längeren Dauer der faschistischen Diktatur die tausendfältigen Verbrechen der bürgerlichen Parteien im Bewußtsein der Massen verdrückt werden durch ihren täglichen Haß gegen den Faschismus. Sozialdemokraten, linke Zentrumsleute, vielleicht »revolutionäre Nationalisten« (Strassergruppe), werden sich an die erwachenden Massen heranzuhängen; auch sie werden von der »Revolution gegen den Faschismus« sprechen, auch sie werden illegal arbeiten, auch sie werden illegal arbeiten, auch sie werden verfolgt, auch sie werden zum Teil sogar an die Waffen gegen die faschistische Tyrannei appellieren.

Wir dürfen nicht glauben, daß wir allein auf der Welt sind, wir dürfen vor allem niemals glauben, daß die Frage zwangsläufig so gestellt: »Nach Hitler kommen wir«. Das muß erst im Kampf entschieden werden.

Wie aber werden wir zur ausschlaggebenden antifaschistischen Kraft, was tun, damit die revolutionäre Volkserhebung gegen den Faschismus nicht in einer demokratischen Etappe stecken bleibt? (wie die Revolution gegen die Militärdiktatur in Spanien 1931). Unleugbar sind die Klassegegensätze in Deutschland außerordentlich entwickelt, die Krise des Kapitalismus von einer unerhörten Tiefe und die Idee des Sozialismus hat selbst heute noch eine Millionenmasse hinter sich. Aber das bedeutet noch nicht die Garantie für die sozialistische Entwicklung der Revolution gegen den Faschismus, noch keine Garantie dafür, daß der Zusammen-

bruch des Faschismus unmittelbar in den Sieg des Sozialismus mündet. Diese Garantie können nur wir selbst, durch unsere richtige Politik, durch das Vertrauen der Massen zu uns, durch die revolutionäre Kraft der revolutionären Partei schaffen.

Eben das aber bedeutet, daß wir voll Aufmerksamkeit die Bestrebungen bürgerlicher und kleinbürgerlicher antifaschistischer Kräfte verfolgen müssen. Gerade die verschwommenen, opportunistischen Lösungen, die die stalinische Fraktion herausgibt. »Arbeiter- und Bauernrepublik«, »Arbeiter- und Bauernregierung« sind wie dazu geschaffen, das Spiel der Gegner zu erleichtern. Wir müssen klar und eindeutig den Massen unsere Ziele zeigen. Gerade wenn wir für demokratische Rechte der Massen eintreten, gerade, wenn wir in einzelnen Übergangsetappen ein Stück Weges gemeinsam mit kleinbürgerlichen, antifaschistischen Kräften zu marschieren gezwungen sind, gerade dann müssen wir mit besonderer Deutlichkeit unsere Ziele den Massen zeigen.

So stellt uns die neue Lage vor Aufgaben, zu deren Lösung die bankrotte stalinische Fraktion völlig unfähig ist. Würde die sich neu aufrichtende Partei unter ihrer Führung bleiben, sie wäre rettungslos verloren. Darum müssen wir Linken, die es so scharf ablehnen, eine neue Partei aufzurichten, alle unsere Kräfte darauf konzentrieren, die stalinistischen Ideen und die Fraktion, die sie vertritt, auszumerzen. Der Sieg der Revolution wird im Kampf innerhalb der Revolutionspartei, im Kampf zwischen Linken und Zentristen (samt ihrem rechten Anhang) entschieden werden.

Gegen die Gründung illegaler Gewerkschaften in Deutschland

Anm. der Redaktion: Wir veröffentlichen einen kurzen Auszug aus einem Entwurf zur Gewerkschaftsfrage, der gegenwärtig in den Reihen der marxistischen Linken Deutschlands diskutiert wird.

Unter dem Faschismus gibt es weder demokratische Rechte noch Arbeiterorganisationen, selbst nicht in der Keimform. Darin unterscheidet sich der Faschismus von der ihm sehr ähnlichen Form der Militärdiktaturen (Polen, Ungarn, Jugoslawien.) Der Faschismus schafft im Gegenteil eine Zwangsorganisation der Arbeitnehmer, in die er alle Arbeitnehmer hineinpreßt.

Der nichtfaschistische, konterrevolutionäre Staatsapparat des halbfeudalen 19. Jahrhunderts und der Militärdiktaturen der Gegenwart besaß und besitzt weder eine ausreichende Massenbasis, um selbst große, konterrevolutionäre Arbeiterorganisationen zu bilden, noch vermag er die Bildung von proletarischen Klassenkampforaganen dauernd zu verhindern.

Anders der Faschismus. Zur Macht gekommen, um den Ausbruch der proletarischen Revolution zu verhindern, vermag er sich nur solange zu halten, als er das Proletariat in seinen Zwangsorganisationen umklammert und niederhält. Entweder es gelingt der revolutionären Partei, die proletarische Klasse innerhalb der faschistischen Zwangsorganisationen zum Kampf gegen den Faschismus zu organisieren, oder jeder Versuch zum Sturz der faschistischen Diktatur ist zum Scheitern verurteilt. Für die faschistischen Gewerkschaften gilt das Gleiche wie für das imperialistische Heer: sie können vom Proletariat nur von innen heraus gesprengt werden.

Der Faschismus unterdrückt nicht nur mit grausamster Gewalt alle Organisationen der Arbeiterklasse, sondern auch alle bürgerlichen Organisationen, die zum Sammelbecken des Widerstandes gegen seine Herrschaft werden könnten. Er kann die Koalitionsfreiheit der Arbeiterschaft nicht gewähren, ohne daß er sein politisches Herrschaftssystem in die Luft sprengt. Damit schaltet die Möglichkeit aus, Klassenkampfgewerkschaften vom Faschismus als Zugeständnis zu erhalten.

Nun ergibt sich von selbst die Frage: Sind die Gewerkschaften nicht als illegale Organisationen möglich?

Dem Aufbau von illegalen Gewerkschaften wirken entgegen: die Zwangsorganisation der Arbeiter in den faschistischen Gewerkschaften, die Aussichtslosigkeit des Ueberganges vom Zustand der Illegalität in den Zustand der Legalität unter dem faschistischen Regime. Das bedeutet, daß illegale Gewerkschaften nur kleine Sekten sein können, in denen sich nur die Elite der Arbeiter organisiert. Sie wer-

den statt zu Gewerkschaften zu einer Karikatur einer politischen Partei.

Nur unter zwei Bedingungen können die Voraussetzungen für illegale Gewerkschaften entstehen. Erstens, wenn der Faschismus unter den Stößen des proletarischen Klassenkampfes dazu gezwungen ist, große Teile des klassenbewußten Proletariats aus seinen Zwangsorganisationen zu entfernen, um die Radikalisierung des restlichen Teiles zu verhindern. Zweitens, wenn ein neuer ökonomischer Aufschwung eingesetzt hat, so daß er die ausgeschlossenen Arbeiter aus dem Produktionsprozeß nicht entfernen kann, da sie unentbehrlich sind. In einem solchen Fall wäre das faschistische Monopol im Betrieb durchbrochen und der Weg zur Gründung illegaler Gewerkschaften offen, doch würden auch diese jetzt nur den Charakter einer Kaderorganisation tragen.

Wenn aber der Faschismus die Zuweisung von Arbeit mit der Zugehörigkeit zu seiner Zwangsorganisation verknüpft — und diesem Ziel steuert er jetzt zu —, ohne den klassenbewußten Teil auszuschließen und ohne daß er aber noch die gesamte Arbeiterschaft in seiner Zwangsorganisation erfasst hat, bedeutet die Schaffung illegaler Gewerkschaften eine große Gefahr. Sie würden die besten, kämpfenden Elite-Elemente aus den faschistischen Gewerkschaften herausziehen und von den Millionenmassen in den faschistischen Gewerkschaften isolieren. In dem Maße, als der Faschismus dann sein Ziel erreicht — die Gesamtarbeiterschaft zwangsläufig faschistisch zu organisieren —, wird die illegale Gewerkschaft zu einer Organisation der Erwerbslosen.

Die Vertreter der Lösung »illegale Gewerkschaften« führen als eines ihrer Hauptargumente an, daß illegale Gewerkschaften das Zentrum für die Zersetzungsarbeit in den faschistischen Gewerkschaften bilden müssen. Gerade dieses Argument beweist die Ueberflüssigkeit illegaler Gewerkschaften. Denn um ein solches Zentrum zu schaffen, einen revolutionären Stab, bedarf es keiner illegalen Gewerkschaft, die nicht Stab, sondern Organisation der Klasse sein müßte.

Die Aufgabe der revolutionären Arbeiter ist, einen Klassenkampfflügel in den faschistischen Gewerkschaften zu bilden. Dieser Flügel, der sich aus klassenbewußten Arbeitern zusammensetzt, kann nicht kommunistisch sein, sondern er muß alle antifaschistischen Strömungen in den faschistischen Gewerkschaften organisieren, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehen. Dieser Klassenkampfflügel kann sich vorläufig nur in ganz kleinen, illegalen Gruppen organisieren, nach dem System von Fünfergruppen, mit einem Vertrauensmann an der Spitze.

Der Faschismus stützt sich im Betrieb nicht in erster Linie auf die faschistische Gewerkschaft, sondern auf seine politische Kaderorganisation, die NSBO. Ihr fällt die Aufgabe zu, den Widerstand der nichtfaschistischen, zwangsmäßig organisierten Arbeiter zu brechen. In diesem Kampf im Betrieb sind es die Vertrauensmänner, die Vertreter des Klassenkampfgedankens in den faschistischen Gewerkschaften, die den Widerstand organisieren. Aber die Vertrauensmänner, die keine gemeinsame politische Plattform haben, da sie überparteilich sind, können nur dann erfolgreich dem doppelten Druck — faschistische Gewerkschaftsbürokratie und NSBO — standhalten, wenn ihnen die illegale Zelle der revolutionären Partei mit Rat und Tat zur Seite steht. Der gewerkschaftliche Kampf, auch in der elementaren Form des Vertrauensmännersystems, ist nur möglich, wenn er sich an eine politische Partei anlehnen kann.

Die Vertrauensmänner müssen es insbesondere verstehen, mit der allergrößten Aufmerksamkeit die Stimmen in der Belegschaft zu verfolgen, ihre Wünsche und Forderungen zum Ausdruck zu bringen, das Zusammenspiel der faschistischen Gewerkschaft und der NSBO mit dem Unternehmer zu enthüllen und so die faschistischen Funktionen von den Massen zu isolieren und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Arbeiter im Betrieb wieder zu jenen Formen des Kampfes übergehen, die allein zu Erfolgen führen können. Zu diesem Zweck muß das Vertrauensmännersystem von Anfang an so aufgebaut werden, daß die engste Zusammenarbeit der Vertrauensmänner aller Betriebe eines Industriezweiges besteht. Diese Arbeit zu organisieren, das eben heißt einen Klassenkampfflügel in den faschistischen Gewerkschaften errichten.

Die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung

Wir bringen die wesentlichsten Bestimmungen über die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, die am 6. August in Kraft getreten ist.

Von der Kürzung betroffen sind alle Arbeitslosen, die weniger als drei Kinder haben. Folgende Tabelle gibt über die Kürzungen Aufschluß.

Wöchentliche Arbeitslosenunterstützung in Schillingen

	Arbeitslose im Familienverband		Alleinstehende Ledige		Verheiratete ohne Kinder		Verheiratete mit 1 Kind		Verheiratete mit 2 Kindern	
	bisher	nach der Kürzung	bisher	nach der Kürzung u. 22. Jahr, 01.25.34.	bisher	nach der Kürzung	bisher	nach der Kürzung	bisher	nach der Kürzung
Tagelohn										
10. Lohnklasse über 6.—	16.10	12.60	20.30	16.10	16.80	20.30	18.20	21.70	19.60	23.10
9. Lohnklasse 5.41 bis 6.—	15.40	12.60	19.60	16.10	16.80	19.60	17.50	21.—	19.00	22.40
8. Lohnklasse 5.31 bis 4.80	14.—	12.60	17.50	16.10	16.80	17.50	16.80	17.99 bis 19.10	17.29 bis 18.20	17.99 bis 20.30

In der 6. bis 7. Lohnklasse, das ist bei Arbeitsverdiensten von 2.41 Schilling bis 3.60 Schilling im Tag, wird von der wöchentlichen Unterstützung allgemein ein Betrag von 70 Groschen abgezogen werden.

In der 4. bis 5. Lohnklasse, das ist bei Arbeitsverdiensten von 1.74 Schilling bis 2.40 Schilling, wird ein Betrag von 35 Groschen von der wöchentlichen Unterstützung abgezogen werden.

In der 1. bis 3. Lohnklasse, das ist bei Tagesarbeitsverdiensten von 70 Groschen bis 1.73 Schilling, wird in der Woche ein Betrag von 14 Groschen abgezogen werden.

Da die Verordnung außer den allgemeinen Kürzungen Höchstgrenzen für Arbeitslose festsetzt, die den »niederen Satz« beziehen, das heißt im Familienverband leben, und da auch Höchstgrenzen für alleinlebende ledige Arbeitslose bestimmt werden, ist bei diesen Gruppen die Kürzung besonders stark.

Wie groß die Kürzungen sind, geht aus Folgendem hervor:

Oesterreich im Spiegel

Das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz ist zum Universalgesetz geworden. Die Regierung verordnet mit Berufung auf das Kriegsgesetz zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zwar nicht die Versorgung der Arbeitslosen mit Lebensmitteln, sondern verordnet alles andere, angefangen von der Aufhebung der Presse-, Versammlungs- und Streikfreiheit, sowie der Kollektivverträge und Zwangsschlichtungswesen bis zur Kürzung der Altersfürsorge der Altersrentner (von S 53.— auf S 52.— und S 36.—).

Man erinnert sich in Paris, London und Rom des kleinen Oesterreichs immer nur dann, wenn imperialistische Interessen im Spiele stehen. Ihre Hilfsbereitschaft ist nebenbei, denken wir an die diversen Anleihen und die Kreditanstalt, ein gutes Geschäft.

Die imperialistischen Konflikte in Europa und die Gegensätze zwischen Hitler-Deutschland und Kleriko-Oesterreich trugen diesem die Bewilligung zur Aufrüstung der bestehenden Heeresmacht durch die Westmächte ein.

Nun verordnete die Regierung eine »vorläufige Wehrordnung«, die hart an die allgemeine Wehrpflicht grenzt, aber in ihrem Wesen den Söldnercharakter der »bewaffneten Macht«, wie jetzt das Bundesheer heißen wird, noch verschärft. Der »bewaffneten Macht« wird ein »Militärassistenzkorps« beigegeben. Die bisherigen Heeresangehörigen werden »Militärpersonen«.

Die Mannschaft der »bewaffneten Macht« wird aus den für höchstens sechs Monate angeworbenen Freiwilligen, der A-Mannschaft (Militärassistenzkorps) und aus der B-Mannschaft gebildet, die wie bisher aus den sechs Jahre lang dienenden Berufssoldaten besteht.

Die Ergänzung der B-Mannschaft, also der Wehrmänner im bisherigen Sinne, erfolgt aus den Angehörigen der A-Mannschaft, dem Militärassistenzkorps. Dieses Ergänzungssystem erlaubt naturgemäß eine äußerst sorgfältige Auslese der B-Mannschaft, wie die Kadernmannschaft, mit sechsjähriger Dienstzeit bildet. Der Zweck dieses Systems der Auslese wird offenkundig, wenn man die weiteren Bestimmungen der »vorläufigen Wehrordnung« beachtet. So wurde die Bestimmung im Wehrgesetz, »dass jeder parteipolitische Charakter der Ausbildung strengstens vermieden werde«, aufgehoben. Die Kontrolle der Länder über die Werbung der Wehrmänner, ob die gesetzlich vorgeschriebenen Kontingente des Heeres wirklich aus den Landesangehörigen der einzelnen Bundesländer stammen, wurde beseitigt. Ebenso steht es um die Gewährleistung zur Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte, insbesondere des Wahlrechtes.

Unabhängig von dieser Neuordnung im Heereswesen verbleibt die Militärassistenten, die aus den »vaterländischen Verbänden« gebildet wurde und dem Sicherheitsminister Fey untersteht.

Zerstäubt ist die von der Sozialdemokratie gezeichnete Illusion von demokratischen Volksheer. Den wahren Geist dieser Verordnung hat Sicherheitsminister Fey anfänglich seiner Kärntner Inspektionsreise formuliert!

Nach dem Bericht der amtlichen »Politischen Korrespondenz« wies der Minister in markigen Ansprüchen auf die Notwendigkeit des Zusammenwirkens zwischen der staatlichen Exekutive und dem freiwilligen Schutzkorps hin, die zusammen die wahre und einzige vaterländische Front: die Wehrfront bilden.

Mit Notverordnungen hat man viel verordnet, aber nicht Arbeit. Wohl verkündete die »Oesterreichische Wandzeitung«, die in ganz Oesterreich plakatiert ist, daß die Arbeitsbeschaffung der Regierung 50.000 Arbeiter beschäftigt habe. Aber sie verschweigt, wieviele zehntausende Arbeiter durch die Wirtschaftspolitik der Regierung (Agrarkurs), durch die völlige Einstellung der Investitionsarbeiten des Bundes und der Bundesbetriebe, der Länder und Gemeinden arbeitslos geworden sind. Sie verweicht völlig die Tatsache, daß zehntausende Arbeiter mit kol-

Die Unterstützung der im Familienverband lebenden Arbeitslosen der zehnten Lohnklasse sinkt von 16.10 auf 12.60 Schilling, das ist um 3.50 Schilling in der Woche oder um 27.9 Prozent. Noch stärker ist die Kürzung bei den alleinlebenden Arbeitslosen der zehnten Lohnklasse; ihre Unterstützung sinkt bei Arbeitslosen unter fünfundsiebenzig Jahren von 20.30 auf 16.10 Schilling in der Woche, das ist um nicht weniger als um 4.20 Schilling oder um 20.6 Prozent.

Bei den Saisonarbeitern kommt noch eine weitere Kürzung hinzu. Die Höchstsätze für die im Familienverband lebenden und für die alleinlebenden ledigen Arbeitslosen sind bei den Saisonarbeitern noch um 2.10 Schilling geringer; sie betragen also in der Woche nur 14 Schilling für diese Gruppen der Arbeitslosen unter fünfundsiebenzig Jahren und 14.70 Schilling für die über fünfundsiebenzig Jahre. Das trifft vor allem die Bauarbeiter, die sich infolge der Krise im Baugewerbe ohnedies in sehr schwerer Lage befinden.

lektivvertraglichen Löhnen aus der Privatindustrie ausgeschafft wurden, während, selbst wenn wir uns nach den Zahlen der »Oesterreichischen Wandzeitung« richten, von diesen 50.000 beschäftigten Arbeitern nur 29.251 als Lohnarbeiter im Zuge der Arbeitsbeschaffung des Bundes eingestellt werden konnten. Die restlichen 20.000 Arbeiter sind im »freiwilligen« Arbeitsdienst, der wohl Arbeit, aber keinen Lohn bietet. Es versteht sich, daß die Löhne der bei Straßen- und Wasserleitungsbau beschäftigten 30.000 Lohnarbeiter nicht viel höher sind, als die Erhaltungskosten der im freiwilligen Arbeitsdienst stehenden Arbeiter ausmachen. Damit sind aber noch immer nicht Industriearbeiter beschäftigt, wie die Arbeitslosenstatistik beweist.

Wenn die Arbeitsbeschaffung des Bundes ernst wäre, müßte sie sich zuerst in der Bauindustrie auswirken. Darüber aber sagt der Monatsbericht der Nationalbank vom August dieses Jahres:

»Infolge des reduzierten Bauprogrammes der öffentlichen Auftraggeber litt die Bauindustrie nach wie vor unter geringer Beschäftigung.«

Die Kürzung der Notstandsaushilfen und der Arbeitslosenunterstützung, ferner die neue Zoneneinteilung und der ganze Rattenschwanz von Kürzungs- und Aussteuerungsbestimmungen, sowie die allgemeinen und empfindlichen Lohn- und Gehaltsenkungen in den letzten Jahren (womit die Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung begründet wurde), sind durchaus nicht geeignet den Werkträgern vaterländischen Geist einzufößen.

Auch Menschen mit einer langen Leitung werden allmählich begreifen, daß die Umwandlung des Heeresministeriums in ein »Ministerium für Landesverteidigung« nicht auf der Linie der Ueberwindung der kapitalistischen Krise liegt. Denn es ist kein Fall in der Geschichte des Kapitalismus bekannt, wo Landesverteidigung und Ausbildung von Soldaten dem »Arbeiterstand« Wohlstand, Glück und Frieden gebracht hätte.

Die Einstellung von 16.000–20.000 Soldaten jährlich, wie es die neue Wehrordnung vorsieht, gibt wohl keinem Familienerhalter Arbeit, dafür dem ganzen »Arbeiterstand« neue drückende Lasten. Denn die Besitzenden werden auf der ganzen Linie entlastet; man denke nur an die Notverordnung zu Gunsten der Hausbesitzer, an die Geschenke für Industrie, z. B. der Herabsetzung des Ueberstundenzuschlages, an die jüngst vorgenommene Erhöhung des Mehlzollens u. a. mehr zum Schutze der Großagrarier. In diesem Zusammenhang sind auch die Notverordnungen zur Reform der sozialen Gesetzgebung und der Kurs gegen Wien ein Beitrag zum vaterländischen Ständestaat, der da geplant ist.

Genau genommen aber ist das Flunkern der »Oesterreichischen Wandzeitung« mit den 50.000 Arbeitern, die durch die Arbeitsbeschaffung der Regierung eingestellt worden seien, die Antwort auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichskonferenz der Gewerkschaften, das 200.000 Arbeitern bei kollektivvertraglichen Löhnen produktive Arbeit in der Industrie sichern könnte, wenn (!) es unter Kontrolle der Arbeiterschaft durchgeführt würde.

Die »Vaterländischen Stände« aber haben anderes zu tun. Sie verhöhnen die Forderung der Gewerkschaften, sie ignorieren sie. Arbeitsdienst, Rekruten und »bewaffnete Macht«, das sind ihre Sorgen. Wundern wir uns nicht. Diese Gewerkschaften und die mit ihnen verbündete Sozialdemokratie haben zu einer Zeit, wo sie die Macht haben konnten, Rothschild saniert, statt den Kampf um Arbeit und Brot für die Arbeiterklasse zu führen, den sie heute von der Regierung fordern.

Gestern standen die S. P.-Führer noch als Arzt am Krankenbett des »demokratischen« Kapitalismus und behüteten ihn vor jeder revolutionären Erschütterung, heute biederern sie sich vergeblich der vaterländischen Front an.

Die Notverordnungen am laufenden Band haben so manches geändert, aber eine Regierungsmehrheit haben sie nicht zustande gebracht. Die Fehde im La-

ger der Reaktion dauert mit unnachgiebigem Starrsinn auf beiden Seiten an. An der Grenze werden mit dem Bundesgenossen im Weltkrieg Schüsse gewechselt. »Oesterreichische Legionen« rüsten zum Einmarsch in ihr Vaterland, während das Vaterland seinerseits um seine Unabhängigkeit, gegen die drohende Annexion durch seine braunen Volksgenossen derselben Muttersprache, kämpft.

Wohl verfügt die Regierung über die Freundschaft Mussolinis, der seinerseits sich in der Rolle des Salomon im häuslichen Zwist der deutschen Volksgenossen gefällt. Denn, trotz der schon in der Schule anzogenen Abneigung gegen die »Weltschens«, verbünden sich die Nationalen und Vaterlandstreuen hüben und drüben doch, wenn es gilt, die irischen Güter vor dem Bolschewismus zu beschützen. Das Jenseits bleibt den Volksgenossen vom »Arbeiterstand« reserviert.

Und so bemühen sich Kräfte, Brücken zu schlagen. Von Berlin bis Budapest, von Wien nach Rom. Vorderhand haben, auf weite Sicht, Mussolini und der Papst ihre Stützpunkte in Wien und Herr Hitler hat das Nachsehen. Daran ändern auch die Habicht-Reden nichts.

Da man aber herausgefunden hat, daß eine solche Brückenverbindung zum Zwecke gemeinsamer imperialistischer Ziele in Wien solange einen schwachen Brückenkopf haben wird, als sich die Regierung Dollfuß nicht auf eine vaterländische Mehrheit stützen kann, ist man eifrig bestrebt, die österreichischen Nazi mit bodenständigem Patriotismus zu erfüllen. Und jedermann wird es der Regierung Dollfuß nachfühlen, daß sie eine Partei von Bombenwerfern nicht in die Regierung nehmen kann.

Die »Reichspost« bemüht sich in vielen Artikeln, die Nazi zu einer österreichischen Partei zu bekehren. Wir zweifeln nicht, daß die »Reichspost« mit ihrer Methode des Bekehrens — die Notverordnungen über Polizeistrafen und andere Einrichtungen jüngsten Datums tun das ihrige dazu — mehr Erfolg aufweisen wird, als die »Arbeiter-Zeitung« mit der »Bittadresse« an den Bundespräsidenten.

Da der Anschluß Oesterreichs an Deutschland, durch den Verzicht Hitlers im Viermächtepakt ohnehin nicht aktuell ist, wird man sich in der Judenfrage und im Kampf gegen den Marxismus leicht verständigen; vorausgesetzt, die Verständigung über die Aufteilung von Ämtern und Würden geht.

Herr Dr. Walter Riehl hat sich in dieser Richtung etwas zu weit exponiert und wurde aus der »verbotenen« Nazipartei ausgeschlossen. Darüber berichtet die »Neue Zeitung«, ein Organ mit besonderer Mission, daß zwischen österreichischen und deutschen Unterhändlern Verhandlungen stattgefunden haben, die der Bereinigung der österreichisch-deutschen Differenzen dienten und sich auf der Basis der Unabhängigkeit Oesterreichs und dem Uebereinkommen zwischen Dollfuß und Mussolini in Riccione bewegten.

Um die bestehenden innenpolitischen Spannungen ihrer Explosivkraft zu entkleiden und einer Entwicklung vorzubeugen, die das große außenpolitische Konzept stören könnte, wird von verschiedenen Kräften im Regierungslager der Plan erwogen, im Herbst Neuwahlen durchzuführen.

Hört man heutzutage von Wahlen, denkt man unwillkürlich an deutsche Wahlen, die ihre Wirkungen auch nach Oesterreich ausgestrahlt haben. Aber man braucht nicht in die Ferne schweifen. Hierzulande bekommt man vom Wert oder Zweck der Wahlen eine eindeutige Vorstellung, wenn man hört, wie man den Eisenbahnern, Post- und Telegraphenbeamten Personalvertretungsvorschriften oktroyiert hat, die bei den Eisenbahnern ein so kompliziertes Wahlsystem vorsehen, daß auch eine Minderheit eine Mehrheit werden kann und 500 Stimmen in ganz Oesterreich ein Mandat einbringen. Bei den Post- und Telegraphenbeamten hat man die Wahl der Personalvertretungen (so heißt dort der Betriebsrat) abgeschafft. Jede Gewerkschaft bekommt das »Recht«, ihre Vertreter zu ernennen. Und zwar jede Gewerkschaft gleich viele Vertreter. So daß jede Winkelorganisation ebensoviel Mandate besitzt, wie die freie Gewerkschaft, und alle diese Winkelorganisationen die Mehrheit haben. Die Obmänner in den Ämtern wählt wieder nicht die ernannte Personalvertretung, sondern bestimmt der Zentralausschuß mit christlich-gelber Mehrheit. So vollzieht man hierzulande die Gleichschaltung. Wähler ohne Rechte, Mandate ohne Wähler.

Nach dieser Kostprobe stelle man sich Wahlen vor, in denen neben den bisherigen Parteien der »Vaterländischen Front«, die österreichisch-geschaltete »Nationale Front« unter Führung der ehemaligen Nazigrößen gegen den Marxismus ins Feld ziehen.

Ein aus solchen Wahlen hervorgegangenes Parlament würde die Aufgabe haben, all das, was seit dem 7. März geschehen ist, zu legalisieren.

Ob aber ein schwarz-brauner Block seine Stabilität haben wird, möge denen, die im gegenwärtigen Regime eine Sicherung gegen den braunen Faschismus sehen, zu denken geben. Die deutschen Erfahrungen lassen keine Hoffnung aufkommen.

Die Arbeiterschaft hat, wie immer die Lösung des Konfliktes im Lager der Reaktion ausfallen wird, nichts Gutes zu erwarten. Sie ist auf ihre eigene Kraft angewiesen!

Der Kampf um Arbeitsbeschaffung

Otto Bauers Programm für 200.000 Arbeitslose.

Spät, sehr spät entdeckt Otto Bauer einen elementaren Gedanken, nämlich: »Ueber alles wirtschaftliche und soziale hinaus: zweihunderttausend Arbeitslose Arbeit, würde eine viel wirksamere Bekämpfung der faschistischen Gefahr bedeuten, als alle Polizeimaßregeln.« »Lebhafter Beifall« verzeichnet der Bericht der »AZ« über die Reichskonferenz der Gewerkschaften Oesterreichs, an dieser Stelle seiner Rede.

Ausgehend von der Tatsache, daß wir an 600.000 Arbeitslose haben und 51 Prozent der beschäftigten Arbeiter Kurzarbeiter sind, ferner, daß die Armee der Ausgesteuerten ständig ansetzt und die Industrie mit unbedeutenden Ausnahmen weiter einschrumpft und Hunderttausende seit Jahren keine Erwerbsmöglichkeit haben, hat sich die Sozialdemokratie unter dem Drucke der Arbeiter zur »Tat« aufgerafft.

Sie hat wieder einmal ein Wirtschaftsprogramm ausgearbeitet, das 200.000 Arbeitern Arbeit in Aussicht stellt, wenn es durchgeführt wird. Wir kennen diese Art von Wirtschaftsprogrammen. Das letzte wurde am 12. September 1931, am Tage des steirischen Heimwehrputsch veröffentlicht. Was immer sein Inhalt für die Sache des Proletariats gewesen sein mag, es tut sich immer die Frage auf, was geschah, um es durchzuführen? Nichts. Mittlerweile hat sich vieles zum Schlechten geändert.

Wieder ein Wirtschaftsprogramm. Es stützt sich auf drei Gedanken.

Erstens: Der Banknotenumlauf der Nationalbank stieg im Zuge der Rothschildsanierung von durchschnittlich einer Milliarde Schilling jährlich um 200 Millionen Schilling. Diese Steigerung hatte eine Entwertung des Schillings um ein Viertel zur Folge. Seither ist der Banknotenumlauf wieder zurückgegangen und die spärliche Gold- und Devisendeckung des Schillings wird durch Zuströmen von Devisen durch die Auslandsanleihe wieder aufgefüllt werden.

Statt nun diese Auslandsanleihe, die im Herbst eine Inlandanleihe folgen soll, zur Abdeckung von Bundesschulden an die Nationalbank zu benützen, schlägt Otto Bauer vor, diese flüssigen Geldmittel im Betrage von 300 Millionen Schilling zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Bei Zuhilfenahme der produktiven Arbeitslosenfürsorge könnten aus diesen Mitteln 60.000 Arbeitslose beschäftigt werden.

Zweitens: In Anlehnung an die politischen Pläne Frankreichs in Mitteleuropa, als dessen Kommün die Sozialdemokratie seit jeher versteckt und offen auftritt, schlägt Otto Bauer engere wirtschaftliche Verbindungen zwischen den Nachbarstaaten durch ein System von Vorzugszöllen vor. Bei einer Steigerung des Exportes um den Betrag, den Oesterreich im Jahre 1931 auf 1932 im Export verloren hat (d. s. 543 Millionen Schilling), könnten ebenfalls rund 60.000 Arbeiter Beschäftigung finden.

Drittens: Fordert Otto Bauer die Rationalisierung der Arbeit. Durch Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden, bei gleichzeitiger Verpflichtung der Unternehmer den Arbeiterstand um ein Fünftel zu erhöhen, ohne Lohnausgleich! Ferner durch Beschränkung des Doppelverdienstes und obligatorische paritätische Arbeitsvermittlung würden nach den Berechnungen Otto Bauers weitere 70 bis 80 Tausend Arbeiter in den Produktionsprozess eingestellt werden können.

War noch das Wirtschaftsprogramm vom Jahre 1931 ganz im Geiste des kapitalistischen Wirtschaftsfachmannes gehalten und als demokratische Medizin für den kranken Kapitalismus gedacht, so hebt sich dieses Programm insofern ab, als es bestrebt ist, sich auf die Popularität bei den Massen des Volkes zu stützen.

Otto Bauers erster Gedanke (staatliche Arbeitsbeschaffung durch Kreditoperationen), ist eine Uebertragung des

Experiments Amerikas auf österreichische Verhältnisse. Sein zweiter Gedanke liegt auf der Linie der französischen Außenpolitik und in seinem dritten Vorschlag will er die österreichischen Kapitalisten von hinten herum für die 40-Stundenwoche (ohne Lohnausgleich!) gewinnen.

Wenn die Arbeiterklasse Otto Bauer auf diesem Wege folgt, dann wird sie selbst dieses bescheidene Arbeitsbeschaffungsprogramm, das ganz und gar vom Geiste des zaghaftesten bürgerlichen Reformertums durchtränkt ist, nicht verwirklichen. Das Parlament, wie überhaupt das gesamte System der bürgerlichen Demokratie, schützt die Arbeiterinteressen nicht mehr wie die offene Diktatur.

Dennoch sind bürgerliche Demokratie und faschistische Diktatur nicht dasselbe, sondern grundverschiedene politische Formen der bürgerlichen Herrschaft. In der bürgerlichen Demokratie besitzt die Arbeiterklasse durch die demokratischen Rechte, die ihr die Bourgeoisie zugestehen muß, die Möglichkeit, sich klassenmäßig zu organisieren. Dadurch verbessert sie ihre Position für den außerparlamentarischen Kampf.

Aber ihre Lage verbessern kann die Arbeiterklasse, gleichgültig unter welchen politischen Verhältnissen sie in der bürgerlichen Gesellschaft lebt, nur durch den Klassenkampf, durch ihre außerparlamentarische Kraft. Otto Bauer gibt jetzt der Notverordnungsregierung, die Oesterreich beherrscht, gute Ratschläge; er droht, wenn sie sich als ungelehrig und unvernünftig zeigen sollte, mit dem Kampf für den Parlamentarismus. Als ob die parlamentarischen Regierungen sich mehr um Bauers Ratschläge gekümmert hätten, als das gegenwärtige Regime!

Wie aber ist es nun, von der diktatorischen Herrschaft des Kapitals zu fordern, was man in den besten Zeiten der parlamentarischen Herrschaft nicht durchsetzte, ja, nicht einmal als Forderung aufstellte.

Oder will man uns einreden, daß diese Forderungen zur Arbeitsbeschaffung zur Zeit der Rothschildsanierung minder aktuell waren als heute? Damals, wo die Arbeiterschaft noch ihre gesammte Aktionsfreiheit hatte und noch kein Hitler an der Macht war?

Wer damals, wie wir es getan haben, konkrete Forderungen zur Arbeitsbeschaffung für Hunderttausende vorschlug und die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Durchführung propagierte, wurde von der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie als »Ketzler« und »Hetzler« verrufen.

Diese Bürokratie hat sich heute, wo sie reichlich spät über die Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung für Hunderttausende nachdenkt, nicht geändert. Sie wird nicht die Kraft und den Mut haben, dieses Programm der Arbeitsbeschaffung, so sehr es ganz im Geiste ökonomischen Liberalismus gehalten ist, der Herrscherklasse abzurufen. Sie wird es, wenn es nach ihrer Mentalität geht, im Flugsand der Volksadresse an den Bundespräsidenten zerstückeln lassen.

Trotzdem: Obgleich dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm völlig unzureichend ist, obgleich es nur eine durchaus bürgerliche Notmaßnahme vor schlägt und an den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen nicht im entferntesten rührt, die Arbeiterklasse muß die reformistischen Führer beim Wort nehmen und die Durchführung wenigstens dieser bescheidenen Maßnahmen erkämpfen.

In diesem Kampf um das Recht auf Arbeit wird nicht nur das Schicksal des Bauerschen Vorschlages entschieden werden. Im Prozeß dieses Kampfes — wenn er ernsthaft und mit jenen Methoden geführt, die einst die Arbeiterklasse stark und mächtig machten, wird auch über die künftige Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung entschieden werden.

sionen der Angestellten und Arbeiter um rund 12 Millionen Schilling senken mußte. Die Zahl der Bauarbeiter, die bei den Wohnbauten der Gemeinde beschäftigt waren, sank von 8500 in den Jahren 1928—1930 auf 3500 im heurigen Jahr. Der Versuch der Gemeinde, zum Zweck der Arbeitsbeschaffung einen Kredit von 30 Millionen Schilling aufzunehmen, scheiterte ebenfalls am Veto der Regierung.

Zu diesen von der Regierung der Gemeinde Wien auferlegten Einschränkungen, die den Gemeindefinanzhaushalt in ein Defizit von 60 Millionen trieben, kam der vom Bund geforderte Lastenbeitrag in der Höhe von 36 Millionen Schilling jährlich, rückwirkend ab 1. Jänner 1933.

Auf der ganzen Welt unterstützen Staat und Länder die Gemeinden, die am meisten unter der Krise leiden, 95 Prozent der deutschen Gemeinden stehen trotz Hitlerregierung vor dem Bankrott, der nur durch Staatszuschüsse aufgehalten wird. Oesterreich bildet eine Ausnahme. Hier legt der Bund der Gemeinde Wien einen Lastenbeitrag auf, der weder im Budget vorgesehen ist, noch im Wege von entsprechenden Steuererhöhungen aufgebracht werden kann.

Daß an eine ernste Erhöhung der Gemeindesteuern nicht zu denken ist, beweist schlagend der Beschluß der Regierung, den Finanzminister ermächtigt, die ehemals schon stark gesteuerte Nahrungs- und Genußmittelabgabe, die die Nobellokale und großen Zuckerbäcker mit 7 Millionen Schilling besteuerte, aufzuheben. Schon erklären die Besitzer dieser Nobellokale jubelnd, daß an eine Preisreduzierung trotz Aufhebung der Nahrungs- und Genußmittelabgabe nicht zu denken sei. Was es auch schon ausmacht, wenn die Besucher der Ringstraßenhotels das Menü um 10 Groschen teurer oder billiger bezahlen würden!

Im nachhinein hat der Bund noch durch Notverordnung der Aufhebung der Garantieklausel rückwirkende Kraft für das Jahr 1932 verliehen, was für die Gemeinde einen weiteren Verzicht von 19 Millionen Schilling bedeutet.

Insgesamt wird der Gemeinde Wien, deren Einnahmen mit 381.7 Millionen Schilling veranschlagt sind, ein Betrag von 105 Millionen Schilling durch Notverordnung entzogen, das ist mehr als ein Viertel der Einnahmen. (23 Prozent.)

Die papierernen Proteste des Wiener Landtages konnten an den Plänen der Regierung nichts ändern. Eine vom Landtag beschlossene Resolution, die auf Beschluß des Landtages plakatiert werden sollte, wurde konfisziert. Auch die Bittgänge zum Verfassungsgerichtshof änderten praktisch nichts an den Tatsachen.

Stadtrat Danneberg kündigt »harte Einschränkungen« und »neue Belastungen« an. Die Rathaussozialisten haben die Absicht, »selbst darüber zu entscheiden«, und sich die Arbeit nicht »verekeln« zu lassen, wie sie ihre »Volkspolitik« (!) nun einzurichten gedenken. Sie gefallen sich in der Rolle der Fronvögte, nachdem sie die ihnen von zwei Drittel der Bevölkerung übertragenen Pflichten, die Rechte und Interessen der Werktätigen zu verteidigen, versachert haben.

Die bürgerliche Presse, die noch vor Jahreswende, vom Steueradmissus Breitners und der Bereicherung der »roten« Gemeinde auf Kosten der armen Wirtschaft orakelte, schlägt jetzt neue Töne an. Sie fordert die Beseitigung der »unfähigen Bankrotteure« aus dem Rathaus. Hier ist der Wunsch der Vater der Gedanken. Man läßt die Rathaussozialisten Bankrott machen, um sie dann mit Schimpf und Schande davonzujauchen.

Wir stehen vor dem letzten Akte der Tragödie: Glück und Ende des Rathaussozialismus.

Das eroberte Wien

In einer Reihe von Notverordnungen wurden der Gemeinde Wien gesetzlich und vertraglich gesicherte finanzielle Einnahmen entzogen. Begonnen hat es mit der Aufhebung der Vergütung des Bundes an die Gemeinde für die Einhebung der Bundessteuern, die seit jeher von der Gemeinde eingehoben wurden. Damit verliert die Gemeinde 2.5 Millionen Schilling und außerdem hat sie die Versorgung von 300 überflüssig gewordenen Beamten zu tragen, die entweder abgefertigt oder pensioniert werden müssen.

Darauf folgte die Aufhebung der Garantieklausel für die Anteile an den Bundessteuern. Diese Gewährleistungsbestimmung besagte, daß der Anteil der Gemeinde an den Bundessteuern (Abgabenteilung) nicht weniger als um 30 Prozent mehr, als er im Jahre 1928 betragen hat, sinken dürfe. Damit war bei den rapid sinkenden Bundessteuern der Gemeinde ein fixer Anteil garantiert. Nun sind aber die Ergebnisse der Bundessteuern so zurückgegangen, daß der Anteil der Gemeinde, der noch im ersten Halbjahr 1930 73 Millionen Schilling betrug auf 27 Millionen Schilling im ersten Halbjahr 1933 gesunken ist. (Dieser Rückgang ist nicht nur eine Erscheinung der Krise, sondern zum Teil auf die im Jahre 1931 von der Regierung Ender, auf Kosten der Gemeinde, durchgeführte Aenderung der Abgabenteilung zurückzuführen, die die Gemeindeanteile um 29 Millionen Schilling senkte. Das war auch eines der berüchtigten Dannebergkompromisse.) Der Bund entzieht sich demnach einer Verpflichtung von 34 Millionen Schilling, die im Budget der Gemeinde als vertraglich gesicherter Anteil an den Bundessteuern eingesetzt waren.

Die verfügte Erhöhung der Beiträge zum Krankenanstaltsfonds (6 Millionen Schilling) und die Aufhebung der Lustbarkeitsabgabe der Bundestheater (0.5 Millionen Schilling) war noch lange nicht der Schluß des Reigens.

Eine Steuerreform der Gemeinde, die nach bürgerlichen Gesichtspunkten gewissen Teilen der Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft in der Bemessung der Bodenwertabgabe, Wohnbausteuer und der Mieten durch Nachlässe entgegenkommen wollte, und andererseits die Hausherrnrente durch Erhöhung der Bodenwertabgabe für verbauten Grund, die die Hausherrn nicht auf die Mieter abwälzen können, wegsteuern sollte, wurde von der Regierung durch Einspruch vereitelt.

Vergebens klagte die »Arbeiter-Zeitung« vom 12. Juli, indem sie auf die klassenche Nationalökonomie und wissenschaftliche Steuerpolitik verwies: »Es ist vor allem ein Grundsatz bürgerlicher Bodenreformer gewesen, man solle die müßige Hausherrnrente wegsteuern und dafür die produktiven Zweige der Wirtschaft entlasten.«

Was gewesen ist, gilt heute nicht mehr. Denn Besteuerung der Hausherrn ist in Oesterreich Bolschewismus; auch dann, wenn sie zugunsten anderer Kapitalisten geplant ist. Die Einheitsfront gegen das Steuerzahlen an die »rote« Gemeinde ist eben lüchlenlos.

Die Folge dieser Notverordnungen war, daß der Bund in der Lage ist, seine ansteigenden Ausgaben trotz rapid sinkender Steuererträge zu decken, während die Gemeinde ihre produktiven Ausgaben scharf eindämmen und die Löhne, Gehälter und Pen-

An unsere Abonnenten!

Der letzten Nummer lagen die Erlagschätze bei. Sendet sofort die fälligen Beträge ein. Wir brauchen dringendst jeden Groschen. Spendet für den Pressefonds.

Die Administration

Eigentümer, Herausgeber: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger und verantwortlicher Redakteur: Josef Güttel, Holzarbeiter, Wien, XXI., Strieckgasse 4. Druck: »Edelhof«-Druckerei (Weimir v. Schauen), Wien, II., Alliiertenstraße 1. — Telefon R-46-4-25.